



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Langermann, H. v.: Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem
Deutschen Reiche und seinen Verbündeten

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten

Von Dr. H. v. Langemann



u den vielen Abhandlungen und sonstigen öffentlichen Äußerungen über einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß der verbündeten Länder, insbesondere Deutschlands und Österreich-Ungarns, ist nunmehr auch ein starkes, zweibändiges Werk des Vereins für Sozialpolitik, der ja schon mehrfach zu wichtigen Fragen unserer Wirtschafts- und Handelspolitik das Wort genommen hat, getreten.

Die Veröffentlichung des Vereins für Sozialpolitik trägt den Titel „Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten“, ist erschienen im Verlage von Duncker und Humblot, München und Leipzig 1916, und herausgegeben im Auftrage des Vereins von dem Professor der Staatswissenschaften an der Universität zu Berlin, Dr. Heinrich Herkner.

Man wird — welchen Standpunkt man in der Frage auch einnehmen mag — nicht verkennen können, daß dieses Werk wohl das wertvollste, umfassendste und tiefste ist, das bisher über dieses schwierige und bedeutende Problem erschien.

Sein Vorzug beruht vor allen Dingen darin, daß in ihm das Problem in einer ganzen Anzahl unabhängiger Aufsätze nicht nur von einer Seite, sondern von vielen verschiedenen Seiten beleuchtet und von meist hervorragenden Fachkennern besonderer Spezialgebiete kritisch untersucht wird.

Ein weiterer Vorzug des Werkes ist darin gegeben, daß es, im Gegensatz zu vielen anderen Arbeiten auf diesem Gebiete, fast nur die nackten wirtschaftlichen Tatsachen behandelt und allein aus ihrer Erkenntnis Möglichkeit, Form und Umfang einer wirtschaftlichen Annäherung betrachtet. Das Werk wird dadurch den Worten des preussischen Handelsministers Sydow gerecht, die er in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 19. Februar dieses Jahres aussprach: „Wirtschaftliche Fragen sind keine Gefühlsfragen“.

Man soll freilich das Gefühlsmoment, wo es hingehört, nicht unterschätzen, so z. B. in der Politik. Der Verein für Sozialpolitik will aber offenbar durch seine Veröffentlichung nur wissenschaftlich-objektives Material zum besseren Verständnis des ganzen wirtschaftlichen Problems liefern. Man muß anerkennen, daß er den wirklichen Dingen voraussetzungslos zu Leibe gegangen ist. Es kam ihm wesentlich darauf an, für die richtige Erfassung der politischen Leitmotive, die von

Friedrich Naumann in seinem Buche „Mitteleuropa“ (Berlin, Reimer 1915) gekennzeichnet worden sind, eine möglichst zuverlässige Aufklärung über die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die unentbehrlich ist, zu geben. Ja, man kann noch über diese Auffassung Hertners hinausgehen, wenn man sich auf den Standpunkt des mit einer besonderen Abhandlung vertretenen Leipziger Professors der Staatswissenschaften, Franz Eulenburg, stellt, daß für die wirtschaftliche Praxis nur eine solche Erörterung wirklich fruchtbar werden kann, die, ganz unbeeinflusst von der hohen Politik, die Dinge voraussetzungslos wirtschaftlich betrachtet.

Daran haben sich die einzelnen Verfasser gehalten und dementsprechend aus ihren Untersuchungen das keineswegs vorher feststehende Ergebnis gewonnen.

Unsere berufenen politischen Organe und sonstigen Stellen werden das vortreffliche Material des Vereins für Sozialpolitik mit großem Nutzen heranziehen und heranziehen müssen und ihm für seine Vorarbeit auf diesem Gebiete dankbar sein.

Wichtig ist es auch darauf kurz hinzuweisen, daß das Werk keine Kundgebung des Vereins als solchen ist. Vielmehr vertreten die Bearbeiter der einzelnen Abhandlungen ausschließlich ihren persönlichen Standpunkt. Dieser Hinweis ist im Interesse des vorzüglichen Werkes und der Sache selbst deshalb nötig, damit nicht diejenigen, die sich mit dem Problem beschäftigen, das sozialpolitische Programm des Vereins aber nicht als das ihrige anerkennen, sich von vornherein abhalten lassen, das Werk vorzunehmen.

Es sind nicht nur theoretische, sondern auch praktische Volkswirte und Sozialpolitiker, welche in dem Werke in selbständigen Abhandlungen das Problem betrachten. Nicht alle Verfasser stimmen in ihren Anschauungen und Forderungen bezüglich des in Frage stehenden Wirtschaftsbündnisses, zu denen sie auf Grund ihrer Untersuchungen gekommen sind, überein. Vielfach gehen die Anschauungen ziemlich weit auseinander. Es handelt sich ja eben auch um keine Propagandaschrift, sondern um eine Sammlung selbständiger Aufsätze über besondere Spezialgebiete des großen Problems.

Das ganze Werk enthält zwanzig selbständige Abhandlungen. Von den Verfassern seien nur genannt die deutschen Professoren Schumacher-Bonn, Rapp-Strasbourg, Eßlen-Berlin, Ballod-Berlin, Eulenburg-Leipzig, von der Leyen-Berlin, Wiedenfels-Halle. In Österreich-Ungarn beteiligten sich Professor Kobatsch, der bekannte Generalsekretär des bedeutenden niederösterreichischen Gewerbevereins, die Professoren Schiff-Wien, Spiethoff-Prag, Schüller-Wien, Fellner-Budapest und der Schriftleiter des „Österreichischen Volkswirt“ Stolper-Wien. Schließlich seien von den Mitarbeitern noch der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, August Winnig-Hamburg und Arbeitersekretär Rudolf Wiffel-Berlin, hervorgehoben.

Werfen wir nun noch, soweit der beschränkte Raum es gestattet, einen kurzen Blick auf den Inhalt des Werkes selbst.

Eine für uns sehr interessante Untersuchung liefert der Prager Professor Spiethoff. Nach ihm kommt — das ist übrigens die allgemein im ganzen Werke vertretene Ansicht — für keine der beteiligten Mächte eine reine Zollunion mit ganz freiem inneren Markt in Frage, dagegen hält er eine zollpolitische Annäherung durch möglichste Vergrößerung der Liste zollfreier Güter und Vorzugsbehandlung für erstrebenswert. Gulenburg lehnt in seiner Abhandlung „Die Stellung der deutschen Industrie zum wirtschaftlichen Zweibund“ einen Zollbund mit Zwischenzolllinie und einer prinzipiellen Vorzugsbehandlung ab und spricht sich vielmehr für eine wirtschaftliche Annäherung in Form eines Tarifvertrages auf erweiterter Grundlage mit allgemeiner Meistbegünstigung aus. Gulenburg hat gewiß mit seiner Bemerkung recht, daß in der Mehrzahl der bisherigen Äußerungen über die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Osterreich-Ungarn das rein politische Argument — nicht eben zum Vorteil der Sache — die Hauptrolle spielt. Dagegen scheint er das Gewicht der Stimmen, die sich auch außerhalb Deutschlands bereits für eine wirtschaftliche Annäherung der Verbündeten ausgesprochen haben, zu unterschätzen. Gulenburg, der mit Recht die praktischen Bedürfnisse von Handel und Gewerbe als naturgemäß maßgebend für Form und Umfang der Annäherung hinstellt, wird mit Interesse den sehr wirksamen Abschnitt, den Professor Kobatsch, der Generalsekretär des Niederösterreichischen Gewerbevereins, der praktische Ziele mit praktischen Mitteln verfolgt, seiner Abhandlung über „Die Stellungnahme der Industrie und der Gewerbe Osterreichs zur wirtschaftlichen Annäherung“ anhängt, lesen. Hier sind viele Stimmen weiter gewerblicher österreichisch-ungarischer Kreise, die natürlich auf dem Boden jener praktischen Forderung Gulenburgs stehen, angeführt. Also auch dort nicht mehr nur Theorie, Sentiment und Gemüt, sondern praktische Erkenntnis von Handel und Gewerbe, wie in den entsprechenden deutschen Kreisen.

Auch der Handelsminister Erzellenz Sydow scheint nach seinen Ausführungen vom 19. Februar diese österreichisch-ungarischen Stimmen zu unterschätzen. Wenn er meint, Deutschland solle die Entwicklung der Dinge in Osterreich-Ungarn erst einmal mit einiger Ruhe abwarten, so wird das nicht jeder vollinhaltlich unterschreiben. Warum prinzipiell warten und dem anderen den Vortritt lassen? Es hat sich die Erkenntnis durchgerungen, daß es unter Umständen sehr empfehlenswert ist, sich resolut an die Spitze einer großen Bewegung zu stellen und die Leitung in die Hand zu nehmen. Es soll aber keineswegs verkannt werden, daß sich der Minister mit Rücksicht auf feindliche und neutrale Länder eine große Zurückhaltung auferlegen muß.

Auch Professor Ehlen wird angefaßt jener zahlreichen Stimmen aus Gewerbe, Handel und Industrie, die heute aus wirtschaftspraktischen Gründen diese Annäherung — weil sie sich von ihr eine praktische wirtschaftliche Förderung versprechen — fordern, den Satz seiner Abhandlung „Die deutsche Landwirtschaft“ nicht im ganzen Umfange aufrecht erhalten können, „daß ein enger

zoll- und handelspolitischer Zusammenschluß zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn eine Angelegenheit sei, für die in erster Linie politische Gründe im eigentlichen Sinne sprechen, also machtpolitische Erwägungen" . . .

In diesem Zusammenhange mag aus naheliegenden Gründen noch eine Bemerkung Spiethoffs angeführt werden. Da heißt es in seiner Abhandlung „Gründe für und wider einen deutsch-österreichisch-ungarischen Zollverband“:

„Die Überspannung des ungarischen Strebens nach politischer Selbständigkeit hat mit zur Unterschätzung der möglichen Machtentfaltung der Doppelmonarchie beigetragen und würde in Zukunft Ungarn zu einem bedeutungslosen Mittelstaat herabdrücken, der voraussichtlich nicht einmal die Kraft hätte, sich selbst zusammenzuhalten. Und gerade so wäre die künstliche ungarische wirtschaftliche Selbständigkeit nur geeignet, der österreichisch-ungarischen Volkswirtschaft ihre großen Entwicklungsmöglichkeiten im Zollverbände abzuschneiden und Ungarn abzuschließen von der belebenden und stärkenden Arbeitsteilung des mitteleuropäischen Wirtschaftslebens.“

Professor Schumacher-Bonn sieht mit Recht in dem zufälligen Zusammenreffen des Krieges mit dem Ablauf unserer Handelsverträge ein Ereignis von weittragender Bedeutung. Dieses schafft nicht nur die Möglichkeit einer handelspolitischen Neuregelung, sondern auch ein Bedürfnis danach. Nach ihm, dessen Abhandlung „Meistbegünstigung und Zollunterscheidung“ wiederum den ausgezeichneten Fachmann auf diesem Gebiete erkennen läßt, ist das Zollwesen das Mittel, die Zentralmächte möglichst miteinander zu verbinden. Hervorzuheben ist seine Anschauung, es sei ein Irrtum, daß ein Schutzollsystem an sich die ausländische Absatzsicherung verhindere. Er hält es für kurzsichtige Verkennung, daß Schutzoll und Ausfuhrbeförderung sich wie feindliche Brüder gegenüberstehen.

Wertvoll ist es zu erfahren, wie ein Arbeiter über die Annäherung der Zentralmächte denkt. August Winnig, der sich in seiner Abhandlung „Die Annäherung der Zentralmächte und die Arbeiter“ selbst als ein solcher bezeichnet (er ist, wie gesagt, stellvertretender Vorsitzender des deutschen Bauarbeiterverbandes), sagt wörtlich: „Die politisch denkenden Kreise der deutschen Arbeiterschaft werden es an der nachdrücklichsten Förderung aller dieser Bestrebungen nicht fehlen lassen.“

Winnig hält die Beseitigung der deutsch-österreichischen landwirtschaftlichen Zollschranken für wünschenswert und möglich, meint aber, daß die Verhältnisse für eine Niederlegung der Zollschranken für Erzeugnisse des Gewerbes und der Industrie ganz bedeutend schwieriger liegen. Jedenfalls hält er es für unbedacht und gefährlich, im Giltempo alle Schranken aufzuheben, die seit Menschenaltern zwischen der Wirtschaft beider Länder bestehen.

Mehrfach gehen die Verfasser auf die Befürchtung ein, daß die geplante Annäherung nach Friedensschluß die gemeinsame Handelspolitik in hochschützöllnerische Bahnen lenken könnte. Dadurch würde der Abschluß günstiger zoll- und handelspolitischer Vereinbarungen mit den jetzt feindlichen und neutralen Staaten erschwert werden, während doch der preußische Handelsminister treffend

bemerkte: „Wir müssen die Verhandlungen so führen, daß dadurch Beziehungen unseres Handels und unserer Industrie nach dem Kriege zu den Neutralen und den jetzt noch feindlichen Staaten nicht unmöglich gemacht oder erschwert werden. Beides muß nebeneinander geschehen: wir brauchen den wirtschaftlichen, den industriellen Verkehr mit unseren Verbündeten, aber auch mit den Neutralen und den uns jetzt feindlichen Staaten.“ Der Hochschutzzoll würde aber außerdem u. a. zu einer hohen wirtschaftlichen Belastung der breiten Massen führen.

Einen ganz vorzüglichen Beitrag liefert dann der Wirkl. Geh. Rat Prof. Dr. von der Leyen mit seiner Abhandlung: „Die Verkehrsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reiche, Österreich und Ungarn“ usw. Er behandelt auch, worauf besonders hingewiesen werden soll, die jetzt so viel besprochenen mitteleuropäischen Großschiffahrtswege! Der als erste Autorität auf diesem Gebiete geltende Fachmann ist auf Grund seiner Untersuchungen der Meinung, daß unsere Verkehrsmittel, die Eisenbahnen und die Wasserstraßen berufen und imstande sind, die Bestrebungen nach einem innigeren wirtschaftlichen Zusammenschluß der beiden großen verbündeten mitteleuropäischen Reiche zu fördern. Von der Leyen verweist übrigens nachdrücklichst auf die hervorragende Arbeit von Emil Sax: „Nicht politische, nicht innerösterreichische: europäische Kanäle, Eine Flugschrift zur Kanalsfrage“. Wien 1911, die jetzt allen unseren interessierten Kreisen nicht genug zum Studium empfohlen werden kann. Dort heißt es u. a.: „Wer vor dem, was sich in der Welt begibt, nicht die Augen verschließt, muß sehen, wie die Vereinigten Staaten von Amerika planmäßig daran arbeiten, den Kontinent sich sukzessiv wirtschaftlich botmäßig zu machen, der europäischen und speziell deutschen Industrie dort den Markt nach und nach zu entziehen. . . Demgegenüber bereitet England behutsam aber konsequent einen engeren Verband mit den Kolonien vor. Die mitteleuropäischen Staaten würden sich dann, wenn sie nicht empfindlich leiden sollen, miteinander und den Ostländern zu einem größeren Wirtschaftsgebiet vereinen müssen, das den Produkten des wirtschaftlichen Gegners im großen Umfange die Grenzen verschließt, dafür im Innern einen Wirtschaftskörper darstellt, der sich selbst genügen kann.“ Wie viel mehr gilt das alles heute!

Genug. Der begrenzte Raum hält davon ab, das Werk des Vereins für Sozialpolitik noch weiter zu besprechen. Viele wichtige Fragen sind in ihm nicht behandelt worden. Die Kritik muß aber anerkennen, daß die heutigen Verhältnisse mit ihren Einberufungen besonders störend wirken. Der Verein für Sozialpolitik hat sehr recht daran getan, sein Werk, trotz mancher Lücken, schon jetzt zu veröffentlichen und nicht auf die lange Bank zu schieben, womit vielleicht die kostbarste Zeit versäumt worden wäre. Vielleicht könnte noch ein Nachtrag erscheinen. Er würde ebenso freudig begrüßt werden, wie das Werk selbst.